

WB-FU-01 Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Gremium: Entwurf des BuVos

Beschlussdatum: 10.03.2017

1 Die Zahl der Menschen auf der Flucht wächst von Jahr zu Jahr. Weltweit sind über
2 60 Millionen Menschen auf der Suche nach Schutz für sich und ihre Familien.
3 Menschen fliehen vor Krieg, politischer Vertreibung und Gewalt, immer häufiger
4 auch vor den Folgen der Klimakrise und Umweltzerstörung. Wir erleben die große
5 Herausforderung der Fluchtbewegung an den Grenzen Europas genauso wie
6 hierzulande. Doch die meisten Menschen fliehen in Regionen nahe ihrer Heimat, in
7 der Hoffnung, zurückkehren zu können.

8
9 Aber Flucht ist etwas anderes als Einwanderung. Menschen sind schon immer
10 gewandert. Menschen auf der Flucht brauchen Sicherheit und unsere Hilfe. Für
11 Menschen, die aus freien Stücken in Deutschland leben und arbeiten möchten,
12 braucht es Regeln wie ein Einwanderungsgesetz (à Kapitel: Wir gestalten unser
13 Einwanderungsland).

14 Unser Land hat in einer Zeit, wo andere Staaten sich weggeduckt haben, vielen
15 Menschen Zuflucht geboten. Wo einige tausende gegen Flüchtlinge gehetzt haben,
16 haben Millionen Menschen geholfen und dadurch gezeigt, wie stark die
17 Zivilgesellschaft in Deutschland ist. Auch die Mitarbeitenden in Verwaltungen
18 und Institutionen sind über sich hinausgewachsen. Viele Menschen in Deutschland
19 haben selbst eine Fluchtgeschichte oder kennen die ihrer Eltern und Großeltern
20 nur zu gut.

21 Die deutsche Bundesregierung hat zuerst mit großer Humanität reagiert. Dafür
22 hatte sie unsere Unterstützung. Doch leider hat sie sich von dieser Politik
23 abgewendet. Das Asylrecht hat sie massiv verschärft, und zusammen mit anderen
24 europäischen Regierungen betreibt sie die Abschottung Europas. Während Trump
25 plant, eine Mauer zu bauen, versteckt sich Europa mittlerweile hinter Zäunen und
26 Stacheldraht. Diese Abschottung ist nicht nur unmenschlich. Sie verschärft auch
27 auf Dauer die Probleme.

28 Wir wollen nicht zurück zur Situation des Jahres 2015. In der die
29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen an den Grenzen ihrer
30 Leistungsfähigkeit waren, in dem tausende Flüchtlinge nicht wussten, wo nun ihre
31 neue Heimat ist, in dem mancher Flüchtling fünfmal und andere gar nicht
32 registriert wurden. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir wollen
33 geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht
34 jeder, der zu uns kommt, bleiben kann.

35 Das Asylrecht der Bundesrepublik ist eines der liberalsten der Welt - auch als
36 Lehre aus der deutschen Geschichte. Das Grundrecht auf Asyl werden wir
37 entschlossen verteidigen. Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab
38 werden. Wir lassen nicht zu, dass sich Europa seiner Probleme entledigt, indem
39 es Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt. Denn für uns ist
40 eines klar: Flüchtlinge sind keine Ströme, Lawinen oder Wellen, es sind
41 Menschen. Menschen wie wir, mit Hoffnungen und Sorgen, mit Kindern und Familien,
42 aber einem Schicksal, das es weniger gut mit ihnen meinte als mit uns.

43 Wir wollen eine aktive Flüchtlingspolitik betreiben, die für Menschen auf der
44 Flucht sichere Wege schafft, Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen

45 durchführt, damit lange Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben, und
46 diejenigen, die in Deutschland bleiben, gut integriert.

47 Unser Plan für eine aktive Flüchtlingspolitik

48 Für uns besteht eine Flüchtlingspolitik aus vier Schritten. Erstens machen wir
49 ernst mit der Bekämpfung von Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist
50 eine, die Flucht unnötig macht.

51 Zweitens sorgen wir durch legale Wege dafür, dass Flüchtlinge nicht länger ihr
52 Leben in die Hände krimineller Schlepperbanden legen müssen. Dafür wollen wir
53 zum einen großzügige Kontingente schaffen, die Flüchtlingen direkt aus den
54 Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten die legale Flucht nach Europa
55 ermöglichen.

56 Der dritte, entscheidende Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich
57 einwandfreie Verfahren. Es muss schnell Klarheit darüber geschaffen werden, ob
58 ein Asylantrag anerkannt wird oder nicht. Erstversorgung und Unterbringung bis
59 zur Verteilung sowie die Identifizierung, die Registrierung und die
60 Weiterverteilung der Schutzsuchenden auf die Mitgliedstaaten sollten nach
61 Möglichkeit bereits in den europäischen Hot Spots durchgeführt werden. Hot Spots
62 dürfen keine Flüchtlingslager werden. In ihnen muss eine menschenwürdige
63 Unterbringung gewährleistet werden, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die
64 Bedürfnisse von Kranken und Kindern. Mit schnellen Verfahren und schneller
65 Rückkehr können wir am Ehesten verhindern, dass sich Menschen ohne Aussicht
66 darauf in Deutschland bleiben zu können, auf den Weg machen. Bei denen, die
67 nicht bleiben können, hat für uns die Förderung der freiwilligen Rückkehr den
68 Vorrang vor Abschiebungen. Inakzeptabel sind dabei für uns Abschiebungen in
69 Krisen- und Konfliktregionen wie Afghanistan und Sammelabschiebungen, bei denen
70 das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt.

71 Viertens werden wir diejenigen, die bleiben, gut aufnehmen und tatkräftig dabei
72 unterstützen, unsere Sprache zu lernen, eine Wohnung und eine Arbeit zu finden,
73 um schließlich hier eine neue Heimat finden zu können.

74 Fluchtursachen bekämpfen

75 Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor
76 bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet,
77 Perspektiven vor Ort zu schaffen. Dazu muss Europa mehr zur Bewältigung der
78 Krisen und Kriege in seiner Nachbarschaft beitragen. Europa muss intensiver als
79 bisher an einer Friedenslösung für Syrien arbeiten, damit Menschen dort wieder
80 eine Lebensperspektive haben. Humanitäre Hilfe gehört unmittelbar dazu. Vor
81 allem aber gilt: Ebenso wichtig wie Leid zu lindern ist es, Leid zu verhindern.
82 Zivile Krisenprävention muss daher ein zentrales Feld grüner Außenpolitik
83 bleiben.

84 Flucht hat ihre Ursachen auch in globaler Ungerechtigkeit, Korruption und
85 schlechten Lebensbedingungen aufgrund der Klimaerhitzung. Insbesondere in
86 afrikanischen Ländern sind die Auswirkungen der globalen Erhitzung drastisch. In
87 einer solchen Situation können wir es uns nicht leisten, weniger als die
88 vereinbarten 0,7 Prozent des Bundeshaushaltes für Entwicklungshilfe auszugeben.
89 Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung von
90 Entwicklungshilfegeldern droht, verstärkt die Gründe von Flucht.

91 Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die
92 deutsche humanitäre Hilfe in einer krisenhaften Zeit wie dieser auf weit über
93 eine Milliarde Euro stabilisiert werden und UN-Hilfsorganisationen wie das World
94 Food Programme brauchen zudem eine dem Bedarf entsprechende stabile
95 Finanzierung. Länder wie Jordanien, Türkei, Pakistan, Libanon, Äthiopien oder
96 Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Die internationale
97 Gemeinschaft darf diese Länder nicht im Stich lassen.

98 Für eine menschliche und solidarische europäische Flüchtlingspolitik

99 Alle europäischen Staaten müssen ihrer Verantwortung in Europa und der EU
100 gerecht werden. Europa hat in seiner langen Geschichte bewiesen, dass es mit den
101 Folgen von Flucht und Vertreibung umgehen und Menschen eine neue Heimat bieten
102 kann. Eine menschliche Flüchtlingspolitik muss die Beseitigung von
103 Fluchtursachen, die Schaffung legaler Fluchtwege nach Europa und die
104 Seenotrettung im Fokus haben. Wir kämpfen für eine menschenrechtskonforme und
105 rechtsstaatliche EU-Flüchtlingspolitik, die sich durch einen fairen Zugang zum
106 Asylverfahren auszeichnet. Bei der Verteilung von Flüchtlingen zwischen den
107 Mitgliedstaaten der Union, durch die Grenzstaaten wie Italien und Griechenland
108 entlastet werden sollen, muss sowohl den Interessen der Aufnahmestaaten als auch
109 denen der Flüchtlinge Rechnung getragen werden. Wir wollen europaweit
110 einheitlich gute Asylverfahren mit hohen Standards implementieren. Dafür braucht
111 es einen funktionierenden Verteilungsmechanismus und mehr Solidarität unter den
112 EU-Mitgliedstaaten.

113 Nach unserem Verständnis der europäischen Werte und der Solidarität ist es
114 Aufgabe aller 27 Mitgliedstaaten, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Bisher ist es
115 ein großes Problem der Flüchtlingspolitik, dass sich einige EU-Staaten dieser
116 Solidarität verweigern. Für dieses Dilemma gibt es kein Patentrezept. Wir
117 glauben aber, dass wir etwas bewegen können, wenn Deutschland an anderen Stellen
118 der Europapolitik mehr auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten eingeht.

119 Zur Not kann das auch bedeuten, dass sich nur einzelne Staaten innerhalb der EU
120 im Sinne einer offenen Flüchtlingspolitik koordinieren - aber eine dauerhafte
121 Lösung ist das nicht. Die gegenwärtige Abschottungspolitik der EU und vieler
122 nationaler Regierungen gegenüber Flüchtlingen ist menschenrechtlich verheerend,
123 beschädigt die europäische Wertegemeinschaft, verstärkt nationale Egoismen und
124 bietet in keiner Weise Lösungen für die Fluchtursachen. EU-Länder, die sich
125 einer aktiven Aufnahme und den Standards für die Versorgung und die Verfahren
126 der Flüchtlinge verweigern, müssen die finanziellen Aufwendungen der anderen
127 Mitgliedstaaten mit tragen.

128 Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei ist falsch. Er schirmt Europa nicht nur vor
129 Verantwortung, sondern Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Europa hat sich
130 dadurch gegenüber der Türkei erpressbar gemacht. Statt die Grenzen dicht zu
131 machen, setzen wir auf sichere Zugangswege nach Europa, etwa durch ein
132 großzügiges EU-Kontingent bei der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen aus der
133 Türkei. Zudem müssen Deutschland und die EU ihre humanitäre Hilfe und
134 finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei ausbauen.

135 Die falsche Politik des EU-Türkei-Deals darf keine Blaupause für neue Abkommen
136 mit Staaten in Afrika und dem Nahen Osten sein. Derzeit bemühen sich die
137 europäischen Regierungen darum, eine Reihe weiterer solcher Abkommen zu
138 schließen und die Grenzen damit schon weit vor Europa in Afrika und im Nahen

139 Osten zu schließen. Wir Grünen sind hingegen der Überzeugung, dass stärkere
140 Wirtschaftsbeziehungen, Austauschprogramme und zivilgesellschaftliches
141 Engagement ein besseres Modell sind, um mit nordafrikanischen Staaten in eine
142 Dialogpartnerschaft zu treten und - wo nötig - auch bei der Rückkehrpolitik
143 gegenüber abgelehnten Asylbewerbern gemeinsame Lösungen zu finden.

144 Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik für Deutschland

145 Deutschland muss sich weiterhin seiner Verantwortung in der Flüchtlingspolitik
146 stellen. Die Bundesregierung hat die Entwicklung hoher Flüchtlingszahlen
147 insbesondere aus Syrien viel zu lange ignoriert und war insbesondere im Jahr
148 2015 an vielen Stellen überfordert. Ohne das starke Engagement der Bürgerinnen
149 und Bürger, von Kommunen und Vereinen wäre die Aufnahme der vielen
150 Bürgerkriegsflüchtlinge nicht möglich gewesen.

151 Im Herbst 2015 hatte Angela Merkel für die Aufnahme der Flüchtlinge unsere
152 Unterstützung. Mittlerweile hat ihre Regierung das Asylrecht beispiellos
153 verschärft. Der Regierungspolitik liegt der Irrglaube zu Grunde, dass ein
154 unattraktives Asylrecht Flucht verhindert. Wir halten auch die von der CDU/ CSU
155 und SPD betriebene Ausweitung von „sicheren Herkunftsstaaten“ für falsch.
156 Unsichere Staaten lassen sich nicht per Gesetz für „sicher“ erklären. Gerade für
157 Minderheiten wie Roma, LGBTIQ aber auch Oppositionelle oder Journalistinnen und
158 Journalisten sind viele Länder oft nicht sicher.

159 Wir Grünen stehen für die uneingeschränkte Bewahrung des individuellen Grund-
160 und Menschenrechts auf Asyl, das entspricht unserer Verantwortung in einer
161 globalisierten Welt und ist für uns ein Gebot der Menschlichkeit. Mit uns wird
162 es deshalb keine Obergrenze geben.

163 Faire und rasche Verfahren

164 Wir wollen Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführen, damit lange
165 Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben. Aufnahmezentren in Baden-
166 Württemberg und Thüringen zeigen beispielhaft, wie es gelingt, zügige und
167 gleichzeitig für die Flüchtlinge faire Verfahren zu organisieren. Das wollen wir
168 überall erreichen. Dafür haben wir das Fast & Fair-Verfahren entwickelt. Der
169 Antrag von Asylsuchenden soll beim Eintreffen in Deutschland sofort gestellt und
170 sofort bearbeitet werden. Um die Verfahren qualitativ weiterzuentwickeln und um
171 allen Asylantragstellerinnen und -antragsteller faire Verfahren zu ermöglichen,
172 setzen wir darauf, dass verpflichtend unabhängige Rechtsberatung von Anfang an
173 stattfindet.

174 Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Anträge im Bundesamt für Migration und
175 Flucht länger als ein Jahr im Verfahren sind, sogenannte Altfälle, sollen
176 künftig eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. Wir setzen uns außerdem dafür ein,
177 dass in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren das Kindeswohl vorrangig
178 berücksichtigt und kinderbezogene Fluchtgründe stärker anerkannt werden. Denn
179 gerade die Lebenssituation der Kinder ist es, die Familien oftmals veranlasst,
180 ihrer Heimat den Rücken zu kehren.

181 Die Integration von Flüchtlingen braucht gute Strukturen

182 Für die Menschen, die hier Zuflucht finden, wollen wir ein Integrationsgesetz,
183 das diesen Namen auch verdient. Zugang zu Sprachkursen für alle von Beginn an

184 eine möglichst dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und schneller
185 Familiennachzug.

186 Menschen – insbesondere mit Kriegs- und Gewalterfahrungen – aufzunehmen ist eine
187 Herausforderung für Neuankommende und Einheimische. Jeden Tag leisten viele
188 Haupt- und Ehrenamtliche in unseren Kommunen Großartiges. Dieses Engagement muss
189 flankiert werden von mehr professioneller Hilfe im Bereich psychosozialer
190 Betreuung von Flüchtlingen. Wir wollen den Menschen das Ankommen erleichtern und
191 ihnen unabhängig von Nationalität und vermeintlicher Bleibeperspektive das Recht
192 auf einen Integrationskurs geben. Der Familiennachzug muss sofort wieder
193 ermöglicht werden. Denn nur wer seine Nächsten in Sicherheit und in seiner Nähe
194 weiß, kann sich auf die neue Heimat mit aller Kraft einlassen. Der
195 grundgesetzlich garantierte, besondere Schutz gilt nicht nur für deutsche
196 Familien. Flüchtlinge werden oft schon allein durch ihre Wohnsituation
197 ausgegrenzt. Deswegen brauchen wir einen schnellen Wechsel von
198 Massenunterkünften in Wohnungen und dafür ausreichend bezahlbaren Wohnraum. Der
199 kommt allen zugute, genauso wie eine Bildungsoffensive für mehr gute
200 Kindertagesstätten und Schulen. Menschen bringen nicht nur ihre Not, sondern
201 auch ihre Fähigkeiten und ihre Motivation mit, wenn sie bei uns Zuflucht suchen.
202 Deswegen wollen wir ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und
203 großzügiger anerkennen, ein verlässliches Bleiberecht während und nach der
204 Ausbildung schaffen und die Vorrangprüfung abschaffen, nach der deutsche
205 Bewerberinnen und Bewerber bei Ausschreibungen bevorzugt werden müssen. Außerdem
206 wollen wir die Beschränkungen aussetzen, die für Geflüchtete bei der Leiharbeit
207 gelten. Geflüchtete Frauen können bisher zu wenig an den Angeboten der
208 Arbeitsmarktintegration teilhaben. Dafür wollen wir niedrigschwellige Angebote
209 schaffen – im Bereich der Sprach- und Integrationskurse, als auch bei den
210 Arbeitsagenturen. Dabei muss ausreichend Kinderbetreuung angeboten werden.

211 Wir setzen uns zudem für eine realitätstaugliche Bleiberechtsregelung und eine
212 sichere Zukunftsperspektive für geduldete Menschen ein. Menschen ohne
213 Aufenthaltsstatus sollen Zugang zu Gesundheit und Bildung erhalten.
214 Wohnsitzauflage und Residenzpflicht für Flüchtlinge müssen wieder fallen. Das
215 integrationsfeindliche Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen und die
216 Gesundheitskarte für alle Geflüchteten einführen. Dafür muss der Bund den
217 Ländern und Kommunen ausreichend Geld zur Verfügung stellen. In den grün
218 regierten Ländern haben wir die Kommunen nicht alleingelassen, sondern massiv
219 unterstützt. Frauen und Männer, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen
220 wollen, müssen ein eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht erhalten.

221 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

222 _____ -
223 _____

224 Das Sterben beenden, sichere und legale Fluchtwege schaffen

225 Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor Krieg und Not
226 geben. Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren
227 oder an den Grenzen Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen.
228 Deswegen wollen wir die ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und
229 Seenotrettungsprogramme wieder einführen. Neben dem Asylrecht, das wir
230 unangetastet lassen, werden wir ein großzügiges Aufnahmeprogramm (UN-
231 Resettlement) des Bundes auflegen. Baden-Württemberg ist hier mit einem

232 Kontingent für vom IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Wir setzen uns
233 dafür ein, humanitäre Visa einzuführen, die Menschen eine sichere Flucht
234 ermöglichen.

235 _____ -

236 _____

237 Familien zusammenführen

238 Sorge und Angst um die Liebsten sowie jahrelange Trennung von
239 Familienangehörigen sind oftmals das größte Hindernis, in einer neuen Heimat
240 anzukommen. Wir wollen deshalb die grausame und für die Integration hinderliche
241 Aussetzung des Familiennachzugs für Geflüchtete wieder rückgängig machen. Auch
242 für subsidiär geschützte Flüchtlinge wollen wir den Familiennachzug ermöglichen.
243 Außerdem werden wir mehr Personal an den deutschen Botschaften einsetzen, um die
244 Wartezeiten für Familienangehörigen-Visa zu verkürzen.

245 _____ -

246 _____

247 Integration von Flüchtlingen anpacken, Kommunen besser ausstatten

248 Viele der Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen, können
249 in absehbarer Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren. Es ist unsere gemeinsame
250 Aufgabe, ihnen Perspektiven zu eröffnen. Die Grundlage dafür ist, dass sie
251 schnellstmöglich an Integrations- und Sprachkursen teilnehmen können - ohne
252 Einschränkung durch den Aufenthaltsstatus. Um Fehler der Vergangenheit zu
253 vermeiden, wollen wir Ländern und Kommunen ausreichend Ressourcen zur Verfügung
254 stellen, damit sie diese Herausforderungen gut bewältigen können. Nur wenn
255 Integration von allen Ebenen gleichermaßen getragen wird, kann sie gelingen.
256 Dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden.

257 _____ -

258 _____